

MITTEILUNGEN

DER REDAKTION

Für die Notstandsverfassung ist im 4. Deutschen Bundestag die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht zustande gekommen. Damit ist den deutschen Staatsbürgern nun endlich die Möglichkeit gegeben, sich über den jetzigen Stand des komplizierten Gesetzgebungswerkes zu informieren. Als ersten Beitrag zu dieser notwendigen Information veröffentlichen wir in diesem Heft einen Aufsatz von *Alexander Schubart*, der als Jurist und als wissenschaftlicher Assistent der SPD-Bundestagsfraktion die Diskussionen und Entscheidungen der letzten Wochen sachkundig und aus nächster Nähe verfolgen konnte. Schubart steht nicht, wie der DGB, auf dem Standpunkt grundsätzlicher Ablehnung einer verfassungsändernden Notstandsgesetzgebung; um so beachtenswerter sind die schweren Bedenken, die auch er gegenüber den vorläufig abgelehnten Vorlagen vorbringt. — Aus einem vom Bundesvorstand des DGB, Abteilung Vorsitzender, sorgfältig erarbeiteten Material über die Notstandsgesetzgebung (nach dem Stand vom 20. Juni 1965) sei die abschließende Feststellung zitiert: „Die Erfahrungen der Vergangenheit haben gezeigt, daß die Demokratie — auch im Zustand der äußeren Gefahr — nicht dadurch geschützt wird, daß wesentliche Grundrechte aufgegeben und damit die demokratischen Kräfte geschwächt werden. Der Deutsche Gewerkschaftsbund sieht es als seine vornehmliche Pflicht an, jedem Einbruch in den Bestand der staatsbürgerlichen Grundrechte energisch entgegenzutreten.“

Fritz Sänger, seit Jahrzehnten Journalist und Redakteur mit vielsetigen Erfahrungen, Mitglied des Deutschen Presserats seit dessen Gründung (1957). Mitglied des Rundfunkrats des Deutschlandfunks und des Beirats der Deutschen Wochenschau, vertritt seit seiner Wahl in den Deutschen Bundestag (1961) auch dort in hervorragender Weise die Forderungen einer freiheitlichen Meinungsbildung in der Demokratie.

„Einkommen in öffentlicher Hand — Steigerung des Lebensstandards oder wachsende Staatsausgaben?“ lautete in diesem Jahr das Thema des *Europäischen Gesprächs* in Recklinghausen. Wir veröffentlichen in diesem Heft das Referat „Wachsende Staatstätigkeit in einer pluralistischen Gesellschaft“, das Prof. Dr. *Heinz-Dietrich Ortlieb*, Direktor des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs, im Rahmen dieses Europäischen Gesprächs gehalten hat; Prof. Ortlieb hat freundlicherweise für die Leser der Gewerkschaftlichen Monatshefte eine komprimierte Fassung seines Vortrages zur Verfügung gestellt.

Ingrid Heidermann, geb. 1933, studierte Wirtschafts- und Sozialwissenschaften; sie ist Diplom-Volkswirt und zur Zeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn tätig. Ihre bisherigen Arbeiten galten vor allem den Themenkreisen Öffentliche Wirtschaft, Vermögensbildung, Entwicklungsländer.

Dr. *Robert Adam*, Senatspräsident a. D., ist kürzlich von einem mehrjährigen Studienaufenthalt in den USA zurückgekehrt; er beendete dort den zweiten Band seines auf drei Bände berechneten Werkes über die USA (Olzog-Verlag, München), auf das noch zurückzukommen sein wird.

Unser Mitarbeiter *Wolfgang Bartels* feierte am 11. Juli 1965 in München seinen 75. Geburtstag; als Herausgeber der Zeitschrift „Das Gewissen“ steht er mutig und kenntnisreich im Kampf für seine Überzeugungen, gegen alle atomaren Kriegsvorbereitungen und -gefahren.